

Aktivitäten der Erdöl- und Gas-Industrie auf dem deutschen Festlandsockel

Bis zu Anfang der sechziger Jahre war die Nutzung der Gewässer und des Meeresbodens der Nord- und Ostsee, von geringen Ausnahmen abgesehen, ausschließlich das Privileg der Fischerei.

In den letzten 15 Jahren haben sich die Verhältnisse jedoch merklich verändert, dadurch, daß die Industrie verstärktes Interesse an dem Wasser und dem Meeresboden der Nord- und Ostsee gezeigt hat. Einleitungen von Abwässern aus

Flüssen, Verklappung von Klärschlamm und Chemikalien, Verschmutzung des Meeresbodens durch die Schifffahrt, die Suche nach Gas und Erdöl, Sprengungen, Ölausfluß durch Tanker und Bohrinselfälle, Entnahme von Sand und Kies, Verlegung von Rohrleitungen, bauliche Veränderungen in Küstennähe, etc. stellen eine häufig nicht einmal zu quantifizierende Beeinträchtigung der Biosphäre in Nord- und Ostsee dar, die entweder auf die Stärke der Fischbestände sich nachteilig auszuwirken vermögen, oder die die Fischerei bei der Ausübung ihres Berufes behindert.

Der Internationale Rat für Meeresforschung hat daher anlässlich seiner nächsten, im Herbst 1977, stattfindenden Tagung alle Mitgliedsländer, insbesondere die der Nordseeanrainerstaaten, aufgefordert, über vorerst eines der aktuellsten Probleme, der Gas- und Erdölgewinnung auf den jeweiligen Festlandssockeln zu berichten. Dabei sollen insbesondere auf die in den einzelnen Ländern unterschiedlich gehandhabten Auflagen zur Reinerhaltung der See und des Meeresbodens bei der Gewinnung von Gas und Erdöl eingegangen, sowie die auftretende Behinderung der Fischerei durch die Betreiber beschrieben werden.

Für den deutschen Festlandssockel wurde eine Übersicht erstellt, die einen historischen Abriß der Öl- und Gasförderungsaktivitäten der letzten 15 Jahre aufzeigt, sich mit den nationalen Auflagen befaßt und die der Fischerei aus diesen Aktivitäten erwachsenen Hindernisse aufzeigt. Die Aktivitäten auf dem Erdöl- und Gas-Sektor im deutschen Nordsee-Festlandssockel können wegen der geringen Funde im Vergleich zu denen anderer Nordseeanrainerstaaten als relativ gering bezeichnet werden.

Trotzdem wurden auf dem deutschen Festlandssockel in Nord- und Ostsee mehrmals von verschiedenen Firmen reflexionsseismische Messungen bis etwa 1968 noch mit herkömmlichen Sprengstoffen, ab 1968 bis jetzt mit dem harmloseren Luft-Pulserverfahren durchgeführt.

Von den 103 uns vorliegenden Anträgen auf reflexionsseismische Messungen in der Zeit vor 1963 bis jetzt, wurden 89 Anträge für den deutschen Festlandssockel der Nordsee und 14 Anträge für die Ostsee gestellt. Die reflexionsseismischen Messungen von 32 der gestellten Genehmigungsanträge in der Nordsee und 11 in der Ostsee, wurden mit herkömmlichen Sprengstoffen durchgeführt und haben nachweislich, wie vom Institut für Küsten- und Binnenfischerei damals festgestellt wurde, Schäden an den Fischbeständen angerichtet.

Nach Auswertung der Messungen wurden seit 1964 bis jetzt mit der Niederbringung von 29 Tiefbohrungen begonnen, denen jeweils zur Erkundung des Untergrundes eine Vielzahl von Probebohrungen vorausgegangen sind.

Für die Durchführung von Tief- und Probebohrungen werden dem Betreiber eine Vielzahl von Auflagen vom DHI (Deutsches Hydrographisches Institut), der zuständigen Behörde für die Genehmigungserteilung, gemacht. Diese Auflagen beziehen sich auf die Reinerhaltung des Meeresbodens und der See, auf Sicherheitsmaßnahmen auf den Bohranlagen, auf den Schutz von Unterwasserkabeln, Bojen usw., auf die für die Marine und Luftstreitkräfte reservierten Gebiete und auf eine Nichtbehinderung der Fischerei. Der Auflagenkatalog, der wegen seiner Länge hier nicht voll veröffentlicht werden kann, beinhaltet u. a. auch die Forderung, daß nach Abzug einer Bohrplattform durch einen unabhängigen Taucher der Nachweis erbracht werden muß, daß der Meeresboden von jeglichem Gerät und Abfall gereinigt ist. Diese Auflage, die für die Belange der Fischerei von größter Bedeutung ist, wird, wenn sicher auch für die Festlandssockel der meisten Nordseeanrainerstaaten ebenfalls existent, nicht immer eingehalten - und das meist wegen mangelnder Kontrolle. Das zeigen auch die

häufig gemeldeten Netzverluste deutscher Kutterfischer und das Auffischen von Ankern und Trossen und anderer Eisenteile von Bohranlagen in der Nordsee.

Es ist unumgänglich, daß die nicht fischereilichen Ressourcen, wie Erdöl, Gas, Sand, Kies etc. in der Nordsee, von der Industrie bei Bedarf genutzt werden, es ist jedoch dabei unbedingt zu beachten, daß der ohnehin schon durch die neuen Seerechtsverhältnisse stark in ihren Fangmöglichkeiten eingeschränkten Kutterfischerei nicht noch weitere Fangausfälle und Nachteile erwachsen.

Eine anzustrebende Koexistenz von Fischerei und Industrie in der Nordsee ist durchaus möglich, jedoch nur dann realistisch, wenn der Industrie zur Durchführung ihrer Vorhaben international ausgehandelte und streng kontrollierte Auflagen gemacht werden, die eine ungehinderte Fischerei im früheren Umfang gewährleistet.

Rauck
Institut für Küsten- und Binnenfischerei
Hamburg